

VOLKSBLATT | SPLITTER

Gegen das Stopfen

KÖLN – Die TV-Schauspielerin Marielc Millowitsch setzt sich gegen das Stopfen von Enten und Gänsen ein. «Noch immer gilt diese Saueri als Delikatesse», sagte sie. Dabei würden die Tiere erbärmlich gequält: «Um die erwünschte Konsistenz der Leber zu erreichen, werden die Tiere bis zu drei Mal am Tag mit bis zu einem halben Kilo Fett und Getreide zwangernährt. So schwillt ihre Leber binnen drei Wochen auf das Zehnfache ihrer Grösse an», erklärte die promovierte Tierärztin. (AP)

Pünktlichkeit

DÜSSELDORF – Der deutsche Schauspieler Thomas Kretschmann («Der Pianist») legt grossen Wert auf Pünktlichkeit. «Pünktlichkeit ist eine Frage des Respekts», sagte Kretschmann. Er trage deshalb auch ständig eine Uhr. «Wenn ich keine Uhr umgebunden habe, werde ich nervös. Ich sehe bestimmt dreissigmal am Tag auf die Uhr. Ich habe immer eine Uhr am Arm. Ich schlafe mit ihr, ich wache mit ihr auf», wird er zitiert. Er habe zwei Jahre lang in Italien gelebt, erzählte der 42-Jährige. «Das war furchtbar. Meine italienischen Kollegen kamen immer zu spät. Ich mag Italiener, aber sich mit ihnen verabreden? Besser nicht», sagte er. (AP)



Schlangenbeschwörer drohen

NEU DELHI – Aus Protest gegen ein Schlangen-Fangverbot drohen Schlangenbeschwörer mit der Aussetzung tausender ihrer Tiere in der ostindischen Grossstadt Bhubaneswar. Sie beklagen, dass sie wegen Übertretung der strengen indischen Tierschutz-Gesetze immer wieder von Wildhütern drangsaliert und festgenommen würden. Das hindere sie daran, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die rund 600 Schlangenbeschwörer-Familien drohten nun damit, mehr als 5000 Reptilien im Parlamentsgebäude Bhubaneswars – der Hauptstadt des Bundesstaats Orissa – freizusetzen. Trotz des seit 1972 in Tierschutz-Gesetzen verankerten Verbots werden jedes Jahr zahlreiche Schlangen in Indien gefangen. (AP)

Proteste ausgeweitet

Ukraine: Opposition ruft Gerichtshof an

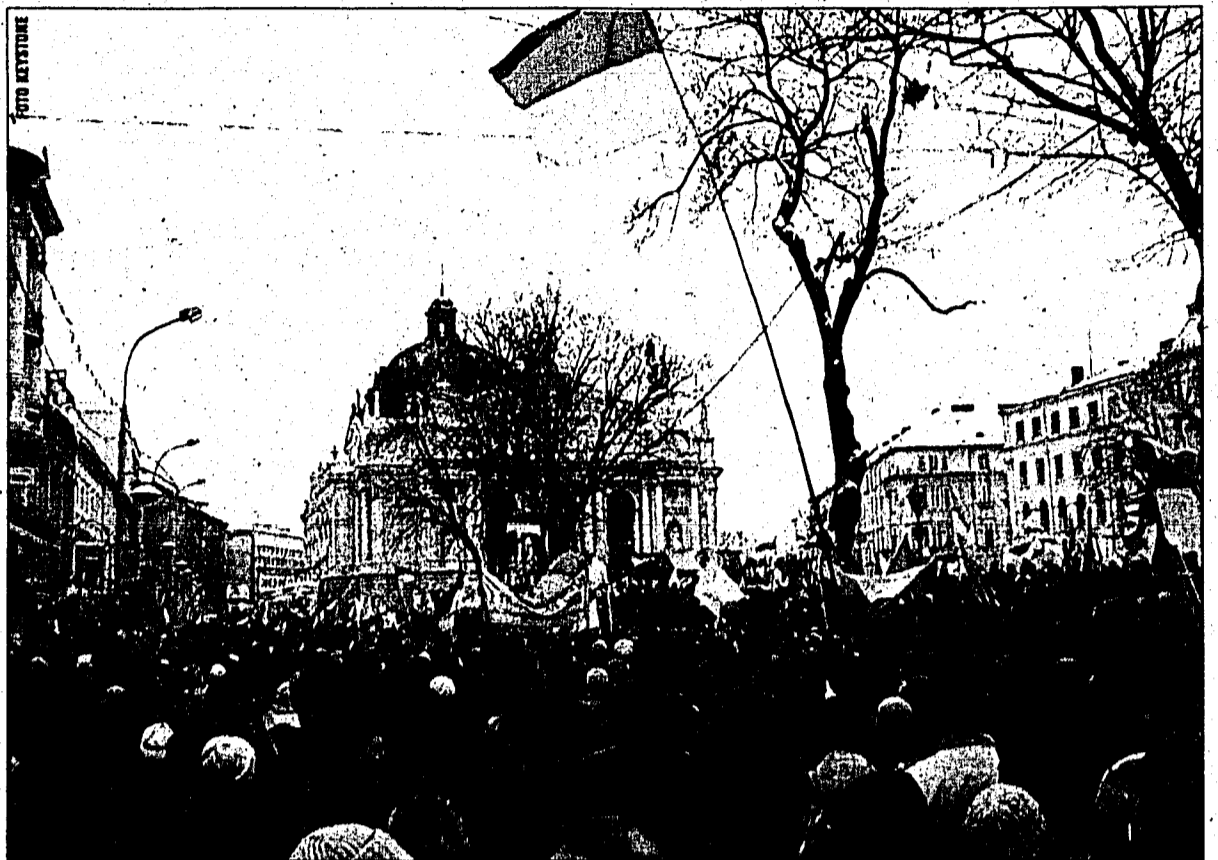
KIEW/DEN HAAG – In der Ukraine hat die Opposition ihren Widerstand gegen das offiziell verkündete Endergebnis der Präsidentenwahl verstärkt. Sie legte beim Obersten Gericht Beschwerde ein und bereitete einen Generalstreik vor.

Mehr als hunderttausend Oppositionsführer demonstrierten am Donnerstag am vierten Tag in Folge auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew. «Wir werden diesen Platz nicht verlassen, bevor uns der Sieg sicher ist», rief der laut den offiziellen Ergebnissen unterlegene Oppositionsführer Viktor Juschtschenko seinen Anhängern zu.

Wahl überprüfen

Die Opposition wirft der Regierung vor, die Wahlergebnisse zu Gunsten des russlandtreuen Regierungschefs Viktor Janukowitsch gefälscht zu haben und reichte am Donnerstag beim höchsten Gericht des Landes Beschwerde gegen die Wahlkommission ein.

Als erste Reaktion untersagte das Gericht die amtliche Veröffentlichung des Wahlergebnisses bis auf weiteres. Das Gericht kündigte an, die umstrittene Präsidentenwahl prüfen zu wollen. Als Termin nannte das Gericht den 29. November. Juschtschenko appellierte am Donnerstag ans Ausland,



Mehr als hunderttausend Oppositionsführer demonstrierten am vierten Tag in Folge.

den von der Wahlkommission verkündeten Sieg Viktor Janukowitschs nicht anzuerkennen. Zudem verlangte er die Einschaltung eines internationalen Vermittlers, um die Krise mit politischen Mitteln beilegen zu können. Einige ausländische Politiker haben sich bereits eingeschaltet. So telefo-

nierten der polnische Staatschef Aleksander Kwasniewski und sein litauischer Kollege Valdas Adamkus mit der Führung des amtierenden Präsidenten Leonid Kutschma. Der Friedensnobelpreisträger und frühere polnische Präsident Lech Walesa schaltete sich am Donnerstag ebenfalls in den Kon-

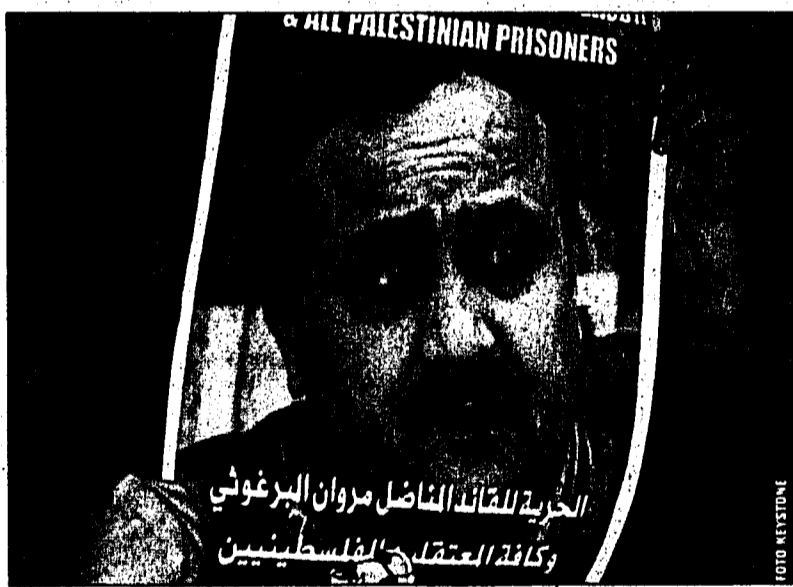
flikt ein. Gegenüber Journalisten sagte er, er halte «einen Kompromiss für möglich», um die Krise zu beenden. Walesa war auf Einladung der Opposition ins Nachbarland gekommen. In Den Haag war der Streit um den Ausgang der Wahl in der Ukraine das beherrschende Thema. (sda)

Barghuti kandidiert für Nachfolge Arafats

Israels Präsident schliesst Begnadigung nicht aus

RAMALLAH – Marwan Barghuti kandidiert offenbar für die Nachfolge von Jassir Arafat: Der von Israel zu lebenslanger Haft verurteilte Palästinenserführer wird nach Angaben der Fatah bei den Präsidentschaftswahlen im Januar antreten.

Wie ein Mitglied der Fatah-Organisation am Donnerstag in Ramallah mitteilte, übermittelte ein Anwalt Barghutis dessen Entscheidung, sich für das Amt des Präsidenten bewerben zu wollen. Die Präsidentschaftswahl ist für den 9. Januar angesetzt. Zuvor hatte Barghuti Frau, Fadwa Barghuti, eine Kandidatur ihres Mannes angedeutet. Israelische Medien berichteten am



Marwan Barghuti galt als strategischer Kopf des im September 2000 begonnenen zweiten Palästinenseraufstands, der Al-Aksa-Intifada.

Donnerstag, dass Barghutis Kandidatur in einigen Tagen bekannt gegeben werde. Der 45-jährige Barghuti, Chef der Fatah im Westjordanland, wurde wegen seiner Popularität lange als möglicher Nachfolger Arafats gehandelt. Er sitzt jedoch seit zwei Jahren in israelischer Haft. Barghuti wurde im Juni wegen mehrfachen Mordes zu einer fünffachen lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Er galt als strategischer Kopf des im September 2000 begonnenen zweiten Palästinenseraufstands, der Al-Aksa-Intifada. Der israelische Präsident Mosche Katzav schloss nicht aus, dass der Palästinenserführer aus der Haft freikommen könnte. (sda)

ANZEIGE

VOLKSCARD

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur
Bei uns ist alles im Preis inbegriffen!

Jetzt das
VOLKSBLATT
abonnieren!
13 Monate für
CHF 209.– (FL)
CHF 299.– (CH) inkl.
VOLKSCARD
Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen

Krise eingeräumt

Streitpunkt Standort Deutschland

BERLIN – In Deutschland hat die Bundesregierung eine ernste Finanzkrise der Sozialsysteme eingeräumt.

Die Rentenkasse sei «auf Kante genäht», sagte Sozial-Staatssekretärin Marion Caspers-Merk am Donnerstag in der Haushaltsdebatte des Bundestages. In der Pflegeversicherung gäbe es ohne die Beitragserhöhung für Kinderlose ab 2005 «ernste Schwierigkeiten». Es gebe keinen Spielraum, die Gesundheitsreform sozial abzumildern. Rot-Grün wies jedoch die Kritik der Opposition zurück, selbst schuld an der Misere zu sein. Zu heftigem Streit kam es auch bei der Beurteilung des Wirtschafts-

standorts Deutschland. Regierung und Opposition machten sich jeweils für die schleppende Konjunkturerholung verantwortlich und bescheinigten einander Ideenmangel, um für mehr Wachstum und Jobs zu sorgen sowie die Sozialsysteme finanziell abzusichern. Die Koalition verwarf das Gesundheitsmodell der Union als unbezahlbares, «bürokratisches Monstrum», die Opposition lehnte die von Rot-Grün geforderte Bürgerversicherung ab. Nach dem mageren Wachstum im dritten Quartal (plus 0,1 Prozent) und des Einbruchs beim ifo-Stimmungsindex für November zeigte sich Wirtschaftsminister Wolfgang Clement demonstrativ optimistisch. (sda)

++++ Zu guter Letzt...++++

Teure Kleiderspende

LONDON – Eine Kleiderspende an eine Wohltätigkeitsorganisation ist für einen 49-jährigen Briten unerwartet teuer geworden. Michael Parks vergass umgerechnet rund 2600 Franken in der Tasche seiner ausgerangierten Jacke. Als er das Missgeschick zwei Wochen später bemerkte und in das Geschäft der karitativen Organisation in der Stadt Macclesfield zurückkehrte, weigerten sich die Mitarbeitenden jedoch, ihm das Geld zurückzugeben. Sie hatten laut Parks ihre Anwälte konsultiert und sahen die 1700 Euro als eine Spende an, die sie behalten könnten. Der 49-jährige

Handwerker war empört: «Das hätte ich von einer Wohltätigkeitsorganisation sicherlich nicht erwartet.» (sda)

